

DANZIGER

Volkstimme

Verlagsgesellschaft: Danzig, Am Esplanade 6, Fernsprechamtlich der Geschäftsleitung 287 08, Schriftleitung 215 60, Fernspreitz monatlich 3,- G., wochentlich 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3,- G., monatlich für Postämter 5,- G. (Postamtliche 1 mm 0,16 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tagebuch

27. Jahrgang

Donnerstag, den 20. Februar 1936

Nr. 43

Kein Aufschub der Senats-Maßnahmen

Das Ergebnis der Aussprache in Warschau

Die Mäße der Danziger Arbeitsfront

Die Anwesenheit von Dr. Ley

Nazi-Hausbesitzerverein aufgelöst

Neuer Wahlterror-Fall vor Gericht

Nach der Aussprache des Senatspräsidenten in Warschau — Weitere Erklärungen

Kein Aufschub der Senatsmaßnahmen

Durch die deutschsprachige Presse in Polen werden jetzt noch mehrere Einzelheiten über die Erklärungen berichtet, die der Präsident des Senats, Grejfer, während seines einwöchigen Warschauer Aufenthalts Pressevertretern gegenüber abgegeben hat. — Unter anderem hatte der Warschauer Vertreter des „Oberschlesischen Kurier“ Gelegenheit, den Präsidenten des Senats nach dessen Unterredung mit Staatssekretär Graf Szembek über die Einträge zu befragen, die er aus Polen mitnimmt. Der Korrespondent erhielt in diesem Zusammenhang auch eine Darlegung der nächsten politischen Absichten des Senats.

Die Erklärungen des Präsidenten Grejfer

Die Teilnahme an der Jagdveranstaltung des Präsidenten Wojcicki gibt, so sagte der Senatspräsident einleitend, jedesmal die Möglichkeit zur Erörterung auch politischer Fragen. Ich kenne den Präsidenten ja schon von früheren Besuchen in Polen her und fand ihn diesmal besonders frisch und rüftig. Die Verständigung mit ihm ist, wie Sie wissen, dadurch erleichtert, daß er fließend deutsch spricht. Meine Aufnahme war auch diesmal überaus freundlich.

In Warschau habe ich zunächst die Fragen der Arbeitslosigkeit polnischer Danzig und außerdem polnischer Nachbarstaaten erörtert.

durchgesprochen, die durch Verhandlungen der beiderseitigen Vizepräsidenten kurz vorher der Klärung nähergebracht worden waren. Wir halten uns an die grundsätzliche Regelung dieses Problems durch das Gafsenabkommen mit Polen und suchen in diesem Rahmen die völkerrechtlich als Ziel gesetzte „volle Ausnutzung“ unseres Hafens zu erreichen. In einigen Einzelheiten gehen die beiderseitigen Wünsche noch auseinander, aber im Ganzen hat sich die letzte Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Teile als brauchbar erwiesen.

Auf die Frage, ob auch die Auswirkung der letzten Völkerbundsbeschlüsse über Danzig diesmal in Warschau erörtert worden sei, bekräftigte Präsident Grejfer, daß auch diese Frage von polnischer Seite angeschnitten wurde. Polen, so erklärte er, ist ja daran um so mehr interessiert, als es an dem Zustandekommen dieser Beschlüsse mitgearbeitet hat. Ich konnte dem polnischen Staatssekretär jetzt mitteilen, daß die Empfehlungen des Rates bereits in allerhöchster Zeit voranschreiten und in dieser Woche, ausgeführt werden. In welcher rechtlichen Form das geschehen soll, war bei meiner Abreise aus Danzig noch Gegenstand juristischer Erwägungen, so daß ich darüber im Augenblick noch keine Auskunft geben kann. Die Ausföhrung der Genfer Empfehlungen wird aber durch diese Formfragen keinen Aufschub erleiden.

Die Erkundigung nach den Ursachen der starken Bevölkerungsverminderung der Freien Stadt im letzten Jahr.

Wie rund 7000 Seelen betrug, beantwortete der Senatspräsident mit dem Hinweis auf zwei außerordentliche Vorgänge, die durch die Schwierigkeiten des Reiches veranlaßt worden sind: die Umstellung der jetzigen in der Freien Stadt wohnhaften reichsdeutschen Kuchgebäck- und Rentenempfänger (unter denen sich bekanntlich auch zahlreiche Danziger Staatsbürger befinden. D. H.) und die Uebernahme von Danziger Arbeitslosen durch das Reich. Mit der normalen Bevölkerungsbewegung hätten die natürlichen Folgen dieser einmaligen Maßnahmen nicht zu tun.

Die Einschränkung des Durchgangsverkehrs

zwischen Ostpreußen und dem Reich, so erklärte Präsident Grejfer auf eine weitere Frage, treffe auch Danzig sehr schwer. Die Verbindung der Freien Stadt nach Westen werde dadurch noch empfindlicher berührt als der Transit zwischen Ostpreußen und der Reichshauptstadt, denn eine direkte Schnellverbindungs-Danzig-Berlin falle jetzt ganz fort. Ich weiß aber, daß beide beteiligten Regierungen ernstlich bemüht sind, diesen Zustand so rasch wie möglich zu beenden. Und ich nehme den Eindruck aus Polen mit, daß die vom Reichsminister Willibald mit dem deutschen Führer und Reichslandler Müller eingeleitete Politik antinationalistischer Einvernehmensgespräche fortgesetzt werden kann und wird.

Vor den Vertretern der Auslandspresse

Während des Warschauer Aufenthalts des Senatspräsidenten Grejfer hat dieser bekanntlich auch die Warschauer Korrespondenten der Auslandspresse empfangen. Nach übereinstimmenden Berichtserstattungen hat er hierbei unter anderem erklärt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Polen und Danzig entstehen, immer auf dem Wege direkter Verhandlungen beigelegt werden könnten. Es sei vörschologisch verständlich, daß die Danziger Bevölkerung die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich anstrebe; aber er, Grejfer, kenne die Person „Sturck“ nicht.

Wenn er habe nur darauf zu achten, daß die Verfassung der Freien Stadt aufrechterhalten werde. Die Beziehungen zwischen dem Danziger Senat und dem hohen Kommissar des Völkerbundes seien gegenwärtig durchaus gut. Die Verhandlungen in Genf hätten in dieser Beziehung ein positives Ergebnis gezeitigt.

Präsident Grejfer hat dann, nach den Berichten der Auslandspresse, weiter erklärt, die Danziger Regierung könne, obwohl sie nationalsozialistisch sei, viele Maßnahmen, die in Deutschland vorgenommen würden, nicht in Anwendung bringen, denn sie sei darauf bedacht, daß die Verfassung nicht verletzt werde. Es sei zwar für Danzig nicht angenehm, daß der Völkerbund in zwei Fällen über die Entscheidungen des Danziger höchsten Gerichts hinausgegangen sei, aber Danzig werde trotzdem die Entschlüsse des Völkerbundes erfüllen.

Bezüglich des Problems „Partei und Staat“ hat Präsident Grejfer unter anderem noch erklärt, der Danziger Senat sei vollkommen unabhängig von der nationalsozialistischen Partei und es bestände nicht jene Einheit von Staat und Partei wie im Reich. Der Anbruch der nationalsozialistischen Partei auf die Totalbeherrschung des Staates könne an der Verfassung der Freien Stadt. Ihm sei es auch leichter als dem früheren Senatspräsidenten Kaufmann, die beiden Faktoren von Staat und Partei in harmo-

nischen Einflang zu bringen, da Kaufmann von der Partei nur schwach gestützt worden sei.

Görings Aufenthalt in Polen

Die Teilnahme an der Staatsjagd — Nur der rumänische Gesandte nimmt noch teil

In der jetzt begonnenen zweiten Staatsjagd in Polen nimmt auch der preussische Ministerpräsident Göring teil. Er ist gestern mit größerer Begleitung in Warschau eingetroffen. Nach einem Besuch beim Ministerpräsidenten Kozjalski und einer Audienz beim polnischen Staatspräsidenten nahm er dann an einem Frühstück beim Außenminister Bed teil. Am Nachmittag fuhr Göring nach Malowiec weiter, wo er — wie es heißt — einige Tage zur Jagd bleiben wird. In dieser Jagd nimmt von den ausländischen Diplomaten lediglich der rumänische Gesandte Fisojanu teil. Die angekündigte Teilnahme des amerikanischen Botschafters Cudahy, sowie des englischen Botschafters Kennard ist nicht zustande gekommen. Der französische Botschafter Noel, dessen Teilnahme für die zweite Staatsjagd angekündigt war, hatte sich bereits der ersten Teilnehmergruppe angeschlossen. Wie der „Kurjer Polski“ erklärt, wird auch der polnische Außenminister Bed nicht an dieser Jagd teilnehmen.

Schneller Regierungswechsel in Spanien

Azana hat eine neue Regierung gebildet — Gil Robles zieht sich zurück

Der spanische Landwirtschaftsminister stellte gestern nach Beendigung einer Besprechung sämtlicher Minister mit dem Staatspräsidenten mit, daß die Regierung auf Grund der bis jetzt vorliegenden Wahlergebnisse zurückgetreten sei.

Am Mittwoch, um 10 Uhr, wurde der frühere Ministerpräsident und Linkrepublikaner Azana vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt.

Ministerpräsident Azana gab am Spätabend des Mittwoch die neue Kabinettsliste bekannt. Die neue Regierung setzt sich aus 10 Linkrepublikanern, zwei Vertretern der Republikanischen Union und einem Parteilozen zusammen. Ministerpräsident ist Azana (Linkrepublikaner), Innenminister Amos Salvador (Linkrepublikaner), Außenminister Augusto Barcia (Linkrepublikaner), Kriegsminister General Madarieta (parteilos), Marineminister José Giral (Linkrepublikaner). Sechs Minister gehörten bereits früheren Kabinetten an. Die übrigen sind Abgeordnete, die im öffentlichen Leben bisher noch nicht hervorgetreten sind.

Auf die Nachricht von der Bildung der neuen Regierung stürzten sich in Madrid Umzüge. Vor dem Innenministerium brachte die Menge Schreie auf die sozialistischen und Linkrepublikanischen Führer und auf die Republik aus. Die Kundgeber führten zum großen Teil rote Fahnen mit und sangen die Internationale.

Ministerpräsident Azana erschien in Begleitung des Sozialisten Largo Caballero auf dem Balkon des Innenministeriums und richtete eine Ansprache an die Massen. Er erklärte, daß das

Regierungsprogramm ohne Abstriche verwirklicht

werde und daß am Donnerstag alle Gemeindeverwaltungen in ihrer parteipolitischen Zusammensetzung vom 12. April 1931, die auf Grund der Ereignisse vom Oktober 1931 aufgehoben worden waren, wieder eingesetzt werden würden. Der Ministerpräsident forderte dann die Menge auf, auseinanderzugehen und mit Vertrauen der kommenden Arbeit der Regierung entgegenzusehen. Sämtliche Polizeistreifen waren zur Vermeidung von Zwischenfällen von der Straße zurückgezogen worden.

Gil Robles geht in Urlaub

Der Führer der katholischen Volkspartei, Gil Robles, hat die Leitung der Parteigeschäfte bis auf weiteres niedergelegt. An seine Stelle tritt der frühere Landwirtschaftsminister Gimenez Fernandez. Der Rücktritt des Geda-Führers ist eine Folge der schweren Niederlage der Rechten bei den Wahlen, für die die verfehlte Politik von Gil Robles auch von den Rechten verantwortlich gemacht wird. Hinter der Maßnahme vermutet man Herrero, den Präsidenten der katholischen Aktion.

Generalstaatsanwalt verfügt Freilassung politischer Gefangener

Der spanische Generalstaatsanwalt hat an sämtliche Gerichte ein Rundschreiben gerichtet, in dem die vorläufige Freilassung aller wegen politischer Vergehen in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen angeordnet wird. Der Generalstafel in Saragossa ist auf Veranlassung der Zeitung der sozialistischen und syndikalistischen Arbeitergewerkschaft abgebrochen worden. Das Leben in der Stadt nimmt seinen normalen Gang. In der Nacht zum Mittwoch sind bei Schießereien zwischen der Polizei und den Streifen noch zwei Personen schwer verletzt worden.

Maßnahmen gegen Schweizer in Deutschland?

Deutsche Zeitungen drohen mit Repressalien — Der Bundesrat antwortet

In deutschen politischen Kreisen herrscht weiterhin große Erregung anläßlich des Verbots der Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz. In den Zeitungen wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß entsprechende Repressalien gegen in Deutschland wohnende Schweizer erlassen würden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Reichsregierung ein allgemeines Verbot aller schweizerischen Organisationen in Deutschland durchzuführen werde. Die nationalsozialistische „Korrespondenz“ erklärt, der Entschluß des schweizerischen Bundesrates sei „eine Provokation, die unabweislich entsprechende Gegenmaßnahmen“ hervorzurufen würde.

Die Meinung des Bundesrats

Wie die schweizerische Telegraphen-Agentur meldet, ist man in schweizerischen Regierungskreisen der Ansicht, daß die Kommentare der deutschen Presse über das Verbot der nationalsozialistischen Partei in der Schweiz auf falschen Voraussetzungen beruhen. Der unangehörige scharfe Ton und verschiedene Behauptungen deutscher Zeitungen werden entschieden zurückgewiesen. Die deutsche Presse spreche vom bevorstehenden Verbot der schweizerischen Organisationen in Deutschland. In schweizerischen Regierungskreisen weist man darauf hin, daß die schweizerischen Organisationen in Deutschland unpolitisch seien und sich ausschließlich mit kulturellen und philantropischen Fragen befassen, sie können also keineswegs der angesprochenen politischen nationalsozialistischen Organisation in der Schweiz gleichgestellt werden. Es wird in diesen Kreisen ferner betont, daß die in Deutschland wohnenden Schweizer sich nie in die deutsche Politik eingemischt hätten.

Die politischen Besuchsreisen

Wieder der Donauraum

Ueber das Zusammentreffen zwischen dem italienischen Staatssekretär Cudich und Baron Berger-Waldenegg (dem österreichischen Außenminister) am Mittwoch wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen ist nach Florenz gekommen, um den österreichischen Außenminister, der einige Tage der Erholung in dieser Stadt verbringt, einen Besuch abzustatten. An dem herzlichsten und freundschaftlichen Gedankenaustausch, der bei dieser Gelegenheit stattfand, haben die beiden Staatsmänner die allgemeine Lage und besonders die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich und den anderen Donauländern einer Prüfung unterzogen. Sie sind sich einig darüber gewesen, die völlige Uebereinstimmung der Ansichten und Interessen ihrer beiden Staaten festzustellen, und haben den Vorab neu bekräftigt, ihre Politik im Geiste und Sinn der italienisch-österreichisch-ungarischen Vereinbarungen von Rom vom 17. März 1934 fortzusetzen.

Nach nach Ungarn

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg und der Außenminister Berger-Waldenegg werden, wie bekannt, Anfang März der ungarischen Regierung einen Besuch abstatten.

Bulgarisch-Jugoslawien

König Boris von Bulgarien, der zwei Tage beim jugoslawischen Prinzenpaar zu Besuch weilte, reiste Mittwoch im

Sonberzug nach Sofia ab. Ueber seinen Belgrader Aufenthalt wurden nur drei Mitteilungen veröffentlicht, die die Fahrt des Königs Boris zur Begräbnisfeier des Königs Alexander in Ljapanag, einen Besuch im Belgrader Nationalmuseum und einen Empfang beim Ministerpräsidenten Stajobinowitsch erwähnt hatten.

Italien und das englische Geheimdokument

Eine Veröffentlichung der italienischen Presse — Die Schlacht bei Masfale in abessinischer Darstellung

Von amtlicher abessinischer Seite wird zur Schlacht bei Masfale mitgeteilt, daß die italienischen Kriegsbefehle übertrieben seien. Von der Armee des Marschalls Mulugeta seien nur einige tausend Mann an den Gefechten beteiligt gewesen. Weiter stellt man ausdrücklich fest, daß weder an der Nordfront noch an der Südfont europäische Offiziere an den Kämpfen teilgenommen hätten. Sämtliche in Abessinien weilenden europäischen Offiziere würden nur als Instrukteure in den verschiedenen Ausbildungslagern verwendet. Einige seien den abessinischen Führern als Militärberater beigegeben worden. Die abessinische Artillerie sei an den Gefechten überhaupt nicht beteiligt gewesen, da die geringe Anzahl verwendungsfähiger Geschütze ausschließlich in den Festungen Verwendung finde.

Abessinische Frontberichte melden, daß in den Abendstunden des Dienstag die Kämpfe östlich und südöstlich von Masfale erneut auflebten. An der Nordfront werden neue Sperrenanlagen gegen Tanks errichtet. An der Südfont machen die Abessinier, wie ihre Berichte besagen, längs des Canale Doria dauernd Beunruhigungsversuche, die bis nach Dolo reichen.

Veröffentlichung aus englischen Akten

In sensationeller Aufmachung veröffentlicht die halbamtliche „Giornale d'Italia“ am Mittwochabend Auszüge aus dem schriftlichen Bericht, den von der englischen Regierung im Frühjahr 1935 eingeholt wurde über die Abessinienfrage am 18. Juni vorigen Jahres erstattet hat.

In diesem Bericht, der in unterrichteten römischen Kreisen als eine politische Enthüllung von größtem Interesse betrachtet wird, vertritt der fragliche Auszug die Ansicht, daß die englische Regierung mit dem Dreimächteabkommen über Abessinien vom Jahre 1906 fast ganz Abessinien als zur Einflussphäre Italiens gehörend anerkannt hat, und ferner, daß „in Abessinien und in seinen Nachbargebieten keine lebenswichtigen englischen Interessen bestehen, die solcher Art wären, daß die englische Regierung einer Eroberung Abessinien durch Italien widersehen müßte“. Vom allgemeinen Standpunkt einer besseren Grenzverwaltung wäre es nach dem Bericht sogar zu begrüßen, wenn Italien in Abessinien zur Macht käme, vorausgesetzt, daß eine Vereinbarung über die Weidewirtschaft in den Grenzgebieten von Englisch-Somaliland erreicht würde.

Die Italien zu den Berichten, die doch vertraulich gewesen sein werden, gekommen ist, ist noch ein Rätsel.

Der Zustand der abessinischen Truppen

Was die gefangenen Polen angingen

Die Besichtigung des Schlachtfeldes von Amba Aradam führte die Presseberichterstatter am Mittwoch in die westlichen Ausläufer des Aradam-Gebirges. Auch hier liegen noch die gefallenen Abessinier herum. Sie sind fast alle mit Kaffianiformen bekleidet.

Ueber die beiden in einer Höhle auf dem Amba Aradam ertrunken und gefangen genommenen Polen, die inzwischen nach Italien abtransportiert worden, wird jetzt folgendes bekannt: Es handelt sich bei dem einen um einen 36jährigen Arzt Dr. Maximilian Stanislaus Beloni, in Bari geboren, und um den Sonderberichterstatter des „Daily Forward“ Jabbins Medhaini. Beloni war bis 1934 in Indien tätig. Mit der amerikanischen „Eubank Junior Mission“ hat er dann unter Leitung des bekannten amerikanischen Doktors Lamb, der sich in Abessinien hat naturhistorischen Interessen, in Abessinien gearbeitet. Medhaini ist kein Arzt, sondern der mangelnde der Möglichkeit sich journalistisch zu betätigen, Krankenwärtersdienste übernommen hat.

Sie sollen, so wird aus dem italienischen Hauptquartier weiter gemeldet, erklärt haben, daß die Truppen Mulugetas von vielen Seiten heimgesucht worden sind, so z. B. von Roden und Dapfina. Der italienische Vorrückungsplan soll sich auf die abessinischen Truppen geradezu verheerend ausgewirkt haben. Anfanglich seien sie geordnet zurückgegangen, dann sei aber der Rückzug in eine wilde Flucht übergegangen. Nur wenige Gebirge seien bei Mulugetas geblieben. Ein großer Teil der abessinischen Truppen sei kurzweilig in die Primatärburgen zurückgezogen. Die eigentliche Flucht habe erst in der Nacht vom 13. auf den 16. Februar begonnen, da man die Abessinier auf Mulugetas Besatz unter strenger Strafe gestellt habe. Man habe den bei der Flucht Entschlossenen mit glühenden Eisen Schanzmaße auf Stirn, Rücken und Rücken gebrannt.

Der italienische Propagandaminister

Das italienische Propagandaministerium veröffentlicht den nachstehenden vom Marschall Badoglio geschriebenen Sonderbericht Nr. 130: „Unsere Aufgabe jetzt ist die Verhinderung der in südlicher Richtung fliehenden Feinde. Truppen des 3. Armeekorps erreichen die Gegend von Gada auf der Verbindungsstraße zwischen Tadmien und Ercoia, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. Sie werden von der Bevölkerung freundlich empfangen.“

Geschichte über ein Friedensangebot des Reges

Im unabhängigen italienischen Staat werden alle Gerüchte über eventuelle Friedensangebote des Reges entschieden als falsch bezeichnet. Man erklärt, hierüber nichts erfahren zu haben.

Die englischen Verhandlungen

Der englische Vorkämpfer Demas hat in seiner Rede über die Verhandlungen, wie üblich bekannt, zur Verhinderung von Verhandlungen den Stand der englischen Verhandlungen in Abessinien genau angegeben.

Der polnische Botschafter bei Rom

Während seines Besuchs am Mittwoch bei polnischen Botschafter Sypoch zu einer Unterredung.

„Der größte Jubel“

Die Wiedereröffnung des „Stadium V. Janki“ hat in Lodz keine geringe Aufmerksamkeit hervorgerufen. Es handelt sich hierbei, dem „Daily Telegraph“ zufolge, um ein Stadion, das die Regierung im Jahre 1934 unter dem Vorwand des polnischen Unabhängigkeitskampfes für die Kolonien, Sir John Kinnear, übergeben hatte. Der „Daily Telegraph“ erklärt, es sei ein wichtiges Zeichen, wie tief der Jubel in den Kreisen der polnischen Bevölkerung sei. In Lodz erklärt man, daß der „Stadium V. Janki“ durch eine „große Jubel“ bekannt gemacht sei.

In der Rede über die polnischen Geschichtsbücher, welche der polnische Botschafter bei Rom, Sypoch, am Mittwoch im polnischen Botschafter Sypoch zu einer Unterredung gehalten hat, hat er die polnische Geschichte in der Vergangenheit einen Versuch, die polnische Geschichte zu verzerren, als „eine große Täuschung“ bezeichnet. Er hat erklärt, daß die polnische Geschichte eine große Täuschung sei, die die polnische Geschichte zu verzerren, als „eine große Täuschung“ bezeichnet.

zu sein, da die in dem Bericht enthaltene Feststellung, England habe in Abessinien keine so lebenswichtigen Interessen, daß es veranlaßt sein könnte, sich einer italienischen Eroberung Abessinien zu widersetzen, viel eher ein Beweis dafür sei, daß das Einführen Englands für die Völkerbundsatzung nicht von selbstverständlichen Interessen bestimmt sei.

Um den deutsch-polnischen Handelsverkehr

Die Regierungskommissionen beraten in Berlin

Bereits gemeldet wurde, sind am 11. Februar der deutsche und der polnische Regierungsausschuss zur Ueberwachung des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern zu ihrer dritten Aussprache in Berlin zusammengetreten. Ferner nehmen an den Beratungen auch Vertreter der Danziger Senats teil, darunter Staatsrat Dr. Schimmel. Die Arbeiten der Regierungsausschüsse werden etwa fünf Tage dauern. Sie werden sich hauptsächlich mit der Festlegung des Import- und Exportplanes für den folgenden Monat befassen, wobei sie die Daten für die erste Februarwoche berücksichtigen werden. Diese Daten zeigen auf, daß der tägliche Durchschnittswert der deutschen Ausfuhr nach Polen eine Summe von etwa 200.000 Mark erreicht. Das sind nach Abzug der Sonntage nur rund 5 Millionen im ganzen Monat, wenn man die Zahlen des ersten Februartrimesters zugrunde legt. Bei der erheblichen Beschränkung der polnischen Februar-Ausfuhr tritt somit eine allmähliche Verminderung des bisherigen polnischen Ausfuhrüberschusses ein. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage wird der Wert der polnischen Ausfuhr nach Deutschland für den Monat März von den beiden Regierungsausschüssen wahrscheinlich auf 6 Millionen Mark festgelegt werden.

Ueber die bisherige Entwicklung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs bis Ende Januar geben folgende Zahlen Aufschluß: Polens Ausfuhr nach Deutschland ist von 13 Mill. Mark im Dezember auf 9 Mill. Mark im Januar gesunken und im Februar auf Grund der Restriktion weiter stark gefallen. Polens Einfuhr aus Deutschland ist dagegen mit 10 Mill. Mark gegen 8 Mill. Mark im Dezember geblieben. Da aber noch ein Teil des Außenhandels auf private Kompensationsgeschäfte entfällt, die vor Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages am 20. November 1935 geschlossen worden sind, ist der rückwärtige Clearingaldo zwischen Polen im Januar nochmals um 2 auf 15 Mill. Mark geblieben. Erst durch die Restriktion der polnischen Ausfuhr im Februar dürfte sich die Lage abheben.

In den Berliner Beratungen werden, wie man aus polnischer Seite vermutet, von den deutschen Vertretern Angaben über das Ausmaß und den Wirkungsbereich von Exportprämien zur Sprache gebracht werden, die bei der deutschen Ausfuhr nach Polen zur Anwendung gebracht werden sollen, um eine vollkommenere Ausnutzung der polnischen Einfuhrkontingente zu erzielen.

Ferner wird eine ganze Anzahl von technischen Fragen bezüglich des gegenseitigen Verkehrs zu erörtern sein. Vor allen Dingen soll auch die Frage der Sanktionierung und die Festlegung der Kredit-Termine über Ultimo Juli und sogar über Ende Oktober hinaus, dem Zeitpunkt des Ablaufs des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages, besprochen werden. Es handelt sich um einen Punkt, der vor allen Dingen von den deutschen Exporteuren angesehen ist und der bewirkt, daß der bisher zulässige Kreditzeitraum für die polnischen Abnehmer deutscher Waren zu kurz ist. Dadurch wird die deutsche Ausfuhr am polnischen Markt ungünstiger gestellt, als der Export anderer Länder, der nicht solche von nur 6 bis 8 Monaten, sondern bis zu 18 Monaten kennt. Von polnischer Seite will man zur Unterstützung dieser Behauptung dafür Sorge tragen, daß die Beschränkung der polnischen Importeure deutscher Waren von der Bank Polsti distanziert werden.

An eine Lockerung der polnischen Ausfuhrrestriktion gegenüber Deutschland für März dürfte jedenfalls unter den im deutsch-polnischen Handelsverkehr herrschenden Verhältnissen kaum zu denken sein, was sich namentlich in der Einfuhr polnischer Lebensmittel nach Deutschland ebenso wie in derjenigen danziger Produkte bemerkbar machen dürfte.

Frankfurter Stilleverträge in Washington

Um die Lösung der Schlichtungsfrage — Vor Abschluss der Stilleverträge

Die Reuter berichtet, hat die französische Regierung angedeutet, daß die amerikanische Regierung in der Schlichtungsfrage aufgegeben. Sie hat durch ihren Botschafter in Washington die amerikanische Regierung ersuchen lassen, einer Vereinbarung der Lösung der Schlichtungsfrage zuzustimmen.

Dieser französische Schritt ist eine Folge der letzten Verhandlungen der Stilleverträge, die den französischen Botschafter Corbin veranlaßten, nach Paris zu fahren, um weitere Informationen einzuholen. Falls man in Washington jedoch hartnäckig bleibe, so werde Frankreich, wie Reuter wissen will, voranschreitend nachgeben und den amerikanischen Vorschlag einer Schlichtungsfrage von 5.000 Td. und 42-Jahres-Gewinn für Schlichtungsfrage zuzustimmen.

Man nimmt an, daß die technischen Abmachungen über die statistischen Bestimmungen und den Austausch von Personalangelegenheiten in der ersten Märzwoche parafiziert werden. Im Hinblick auf dieses Uebereinstimmen, so berichtet Reuter weiter, werde ein Protokoll abgefaßt werden, in dem grundsätzlich festgelegt werde, daß andere Punkte einzeln zu werden sollen, dem Stilleverträge beizufügen, der dann im Herbst unterzeichnet werden würde.

Der Zeitraum bis dahin solle für zweijährige Verhandlungen mit den anderen Mächten benutzt werden, denen man Absichten der im März parafizierten Vereinbarung angehen lassen werde. Eben habe einen Protokollentwurf am Freitag Corbin überreicht. Die französische Regierung sei mit diesem Protokollentwurf einverstanden — dem Vernehmen nach — einverstanden. Die Reuter weiter berichtet, weist Frankreich der Ansicht zu, die Vereinbarung zwischen März und dem Herbst für Verhandlungen zwischen den Vertragsmächten über die Stilleverträge zu benutzen. Dem Vernehmen nach habe dies Standes mit dem Botschafter bei der britischen Botschaft in Paris besprochen.

Stellung eines Schlichtungsrichters

Der für die Abfassung eines Vertragsentwurfes eingehende Unterhandlungen der Stilleverträge hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Es wird angenommen, daß der Unterhandlungen zunächst einen weiteren Ausschuss, dem alle führenden Sachverständigen der verschiedenen Abhandlungen angehören, einen Bericht vorlegen wird. Nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen ist über die Größe der Abhandlungen, die Reuter und der U-Beste U-Beste Vereinbarung erzielt werden. Stellung ist noch wie vor die Geschäftswelt der Stilleverträge. Diese Frage würde vorläufig zurückgestellt. Soweit es sich um die technischen Fragen handelt, nähert sich die amerikanische Seite Ende. Lediglich die polnischen Fragen über die Einbeziehung der dänischen Abhandlungen in das gesamte Stillevertragswerk bleiben noch zu klären.

Stellung nimmt noch nicht zum Ausdruck. Die Rede des Unterhandlungsausschusses in der Kammer über den Reichstag am Mittwoch ist einem Bericht nach. Stilleverträge können nur durch den Reichstag aufgehoben werden.

Demokratie im Vorkrieg

Der erstaunliche, nirgendwo in der Welt und am allerwenigsten in Spanien selber erwartete Wahlsieg der Linken muß als Zeichen einer sehr allgemeinen Entwicklung genommen werden. Gerade bei den Corteswahlen nicht innerpolitische Angelegenheiten allein zur Entscheidung standen, sondern vielmehr die Fronten: hier Demokratie und Republik, dort Diktatur und Monarchie, in aller Schärfe und mit aller Deutlichkeit, übersteigt die Bedeutung der Wahlentscheidung weit den Umfang der iberischen Halbinsel. Das spanische Volk hat für die Sache der Demokratie einen Sieg errufen, der erneut beweist, daß die in Europa so sehr in Verruf gekommene und so oft schon totgesagte Staatsform sich immer wieder behauptet. Statt, wie allgemein angenommen wurde, einen weiteren schweren Schlag zu erleiden, hat das spanische Beispiel gezeigt, daß die Demokratie im Vorkrieg ist.

Die Ueberraschung ist fast überall außerordentlich gewesen. Und doch ist sie nicht ohne weiteres gerechtfertigt. Denn es gab in den letzten Zeiten mehr als ein Zeichen dafür, daß die allgemeine politische Tendenz in weitem Umkreise nach links geht. Der griechische König hat nach seiner Rückkehr keineswegs die Diktatur „Kondylis“ aufrechterhalten; er hat von Anfang an in die Linie einer parlamentarischen und demokratischen Monarchie eingeschwenkt, deren Hauptstütze heute die ausgesprochen demokratische Partei der Benizelisten ist. Die Wahlen in England haben zwar mit einer konservativen Mehrheit geendet, aber nur das Wahlsystem hat der Rechte eine so große Anzahl der Sitze im Parlament gesichert; die Stimmen, die für die Linke abgegeben wurden, waren um kaum 15 Prozent niedriger. Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich finden unter einer eindeutig linksgerichteten Regierung statt, und die Linke hat nach dem Attentat auf Leon Blum einen ausgezeichneten Wahlsieger, der sich bereits in einer Manifestation ausgewirkt hat. Es ist kaum ein Zweifel, daß die nächste französische Kammer ein erhebliches Anwachsen der Linksparteien zu verzeichnen haben wird.

Diese ausgesprochene Linkstimmung der Massen äußert sich überall dort, wo kein Zwang auf die Abgabe der Stimme ausgeübt wird. Das hervorzuheben ist die spanische Wahlsituation, die gerade die völlige Meinungs- und Propagandafreiheit. Es hat sich gezeigt, daß dabei keineswegs immer die größten Schwärze zu gewinnen haben; in Spanien hat die Partei gesteuert, die als einzige ein konkretes Programm aufzuweisen hatte.

Noch ein weiteres kommt dazu: alle die Beurteiler, die einen Rechtsstieg prophezeien (—und wer war es eigentlich nicht —) haben etwas vergessen: Spanien gehört zu den Mittelmeerländern. Und gerade im Rahmen des Mittelmeeres hat man seit dem Beginn des Abessinien-Konfliktes ein sehr deutliches Gefühl für die Nachteile einer Diktatur. Die spanischen Wahlen sind nur ein Reflex der Diktatordämmerung, die sich deutlich in Europa abzuzeichnen beginnt.

Um die Revision des Völkerbundes

Eine informatorische Anfrage im englischen Oberhaus

Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über die Völkerbundsreform statt. Sie wurde durch den früheren britischen Völkerbundsekretär in Rom, Lord Kennell of Rodd, eröffnet, der die Anfrage an die Regierung richtete, ob irgendwelche Pläne für die Revision der Verfassung und der Aufgaben des Völkerbundes erwogen würden. Nachdem noch mehrere Oberhausmitglieder gesprochen hatten, antwortete für die Regierung Lord Stanhope und erklärte, daß die britische Regierung wegen der großen Schwierigkeiten, die jeder Revisionsschritt mit sich bringen würde, einen solchen Schritt nicht erwäge.

Das englische Kabinett

trat am Mittwoch zu seiner üblichen Sitzung zusammen, um sich erneut mit Wehr- und Aufrüstungsfragen zu befassen. Bei den Beratungen scheint es sich in der Hauptsache um den Inhalt des geplanten Wehrbuches gehandelt zu haben, das im einzelnen die Gründe für das englische Aufrüstungsprogramm auseinandersetzen soll.

Theologieprofessoren und Kirchenfreit

Eine ansehene Verfügung

Die Halbmonatschrift „Die Christliche Welt“ teilt mit, daß der Reichsjustizminister seine Verfügung vom 28. Februar 1935, die den Theologieprofessoren die öffentliche Beteiligung am Kirchenfreit verbot, aufgehoben habe.

Ruhe in Paraguay

Oberst Franco übernimmt die Regierung

Oberst Franco ist am Mittwochmorgen in Fingruig in Asuncion einetroffen. Er wurde bei seiner Ankunft feierlich begrüßt. Nach dem Abend übernahm er den Vorsitz der vorläufigen Regierung. In Paraguay herrscht Ruhe.

In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Aufruf des Obersten Rafael Franco vom 6. Februar verbreitet, in dem dieser die nunmehr gestürzte Regierung und Oberste Heeresleitung, wozu er inzwischen verhaftete General Estigarribia gemeint sein dürfte, des Verrats beschuldigt. In dem Aufruf wird das Friedensprotokoll zwischen Paraguay und Bolivien vom Juni vorigen Jahres ein „hässliches Vorkriegsprotokoll“ genannt, das einen Polstich in den Rücken des kämpfenden argentinischen Heeres darstelle.

Auflösung von Jugendverbänden

Radern und Turnen verboten

Das baltische Ministerium des Innern hat die künftigen Jugendorganisationen, insbesondere der Großdeutschen Jugendbund, den Deutschen Pfadfinderverband und die Deutschweilner-Jugendgesellschaft für das Land Baden aufgelöst. Ferner wurde den nationalsozialistischen Jugendverbänden und Vereinigungen die Veranstaltung von Freizeittagen sowie alle Betätigung unter freiem Himmel, Volks- und geladene Sportveranstaltungen, Gruppenwanderungen und Turnen und Sport in geschlossenen Räumen untersagt.

Der neue Chaplin-Film in Deutschland verboten. Der neue Film von Charles Chaplin „Roberte Zeit“ der vor Kurzem in Kempten und in London große Erfolge feierte, ist in Deutschland wegen seiner „kommunistischen Tendenzen“ verboten worden.

Arbeitslosigkeit wegen zwei Kranger-Direktoren. In dem Projekt wegen zwei Mitglieder des ehemaligen Verwaltungsrates der Kranger & Zell-Gesellschaft vor dem Obersten Gerichtshof in Stockholm wurde der Direktor Jublin Danneberg wegen ungenügender Aufsichtnahme zu vier Monaten Gefängnis und der Aufsichtsratsmitglied Kranger wegen desselben Verstoßes und wegen der Ausgabe falscher Geschäftsberichte im Januar 1932 über die beiden Vermögensgegenstände zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Nöte der „Arbeitsfront“

Die Beiträge gehen immer spärlicher ein — Viele Arbeiter machen nicht mehr mit

Verhältnismäßig unerwartet hat der Reichsorganisationsleiter der RSDAP und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, gestern — mitten im kalten Winter — Danzig einen Besuch abgestattet. Während sonst berartige Visiten von langer Hand vorbereitet wurden, hat man diesmal den bei solchen Anlässen üblichen pompösen Empfang auf dem Flugplatz, Vortrag in der früher einer Sungenhällstätte dienenden SA-Schule Jentkau, Schreibappell auf der Schichauwerkstatt, dann „Aufmarsch“ und Fackelzug der Gliederungen der RSDAP, zuletzt Versammlung in der zufällig verfügbar gewordenen Messehalle, zu der große Massate der Danziger Arbeiter aufforderten, „in Massen“ zu erscheinen. Zwischenzeitlich bemerkte man einen spärlichen Flaggenschmuck in den Straßen, und Herr Ley wird Betrachtungen darüber angestellt haben, wie so ganz anders der ihm im August 1933 bereitete Empfang beschaffen war, als er auf dem Liebenwall zu den zum größten Teil nicht ganz freiwillig erschienenen Mitgliedern der Gliederungen der Partei sprechen konnte. Damals assistierte ihm noch neben dem (gestern dienstlich verhinderten) Gauleiter sein P. G. S. u. m. a. n. von der Arbeitsfront, von dem man heute auffallenberweise so gut wie nichts mehr hört.

Es dürfte allmählich hinlänglich bekannt sein, daß die „Danziger Arbeitsfront“ eine Krise durchlebt, von der sie sich niemals erholen wird. Sie hat allerdings infolge von Geld, als ihr das augenblickliche Verbot des Allgemeinen Arbeiterverbandes noch eine Kampfpause verschafft. Dadurch wird der eine oder andere ihrer innerlich längst abtrünnig gewordenen Anhänger — die sog. Sicherheitskommissare — noch zum Weichen veranlaßt. Im allgemeinen aber hat, besonders seit dem Herbst 1935, eine Massenflucht eingesetzt, daß die in den Bürolöchern in Säcken verpackten, erledigten Parteikarten ein Bild davon zu sagen wissen. Es ist deshalb — ganz abgesehen von der mehr als reichlichen Beschaffung — keine Freude, Hauskassierer bei der Arbeitsfront zu sein. Vor allem die Arbeiterfrauen auf der Altstadt weigern sich konsequent, Beiträge zu zahlen. Man ist deshalb in der Leitung der Arbeitsfront auf den Gebanten gekommen, die Kassierung in den Betrieben vorzunehmen zu lassen. Aber Danzig ist nicht das Dritte Reich, und wenn schon bei Schichau ein Sturm gegen das mehr oder minder verdeckte Abzugsystem einsetzte, so kann man sich leicht ausmalen, welche Abfuhr die Kassierer des Herrn von Wund in anderen Betrieben erleben werden.

An Versuchen, den Arbeitsfrontbeitrag — mit Einverständnis des Arbeitgeberers — direkt vom Lohn einzubehalten, so ungefähr etwa wie den Anteil für die Unfallversicherung, hat es allerdings nie gefehlt. Aber überall dort, wo der Allgemeine Arbeiterverband oder

beherzte Arbeitnehmer sich gegen den Abzug für die Arbeitsfront wehrten, ist man auch schnell wieder davon abgekommen. Auf die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens aufmerksam gemachte Firmen haben sich beeilt, zu versichern, daß sie niemals Abweisung für Kassierung für die Arbeitsfront gegeben hätten. Gerade diese Dinge haben ja eine ganz andere Entwicklung genommen, als sie von den hervorragenden Sprechern der RSDAP gewöhnlich wurde. Auch in den städtischen Betrieben.

Es ist deshalb nicht zu verwundern — und hier dürfte der Hauptgrund des Scheiterns von Dr. Ley zu suchen sein —, daß es für die Finanzlage der Danziger Arbeitsfront keine Rettung

mehr gibt. Nicht umsonst sind der seit der Wöterung in seinem Posten als Preiskommissar besonders bekannt gewordene Herr von Wund und ein weiterer P. G. als Sparkommissare eingesetzt und Herr Karnath, der bisherige Finanzwart, kassiert worden. Und die vielerlei Gerüchte, die über den Bundesleiter Schorle umherschwirren, dürften wahrscheinlich ihre Ursache darin haben, daß sein Gehalt nach einem Schätzchen berechnet worden ist, bei dem Gegenstand zu den mit 15 Gulden je Woche bezahlten Hauskassierern eine Verbindung nach oben gestiftete. (Spricht man doch von einem Monatsgehalt von 800 Mark, umgerechnet zum Kurse der Bank von Danzig von 2,13 Gulden = 1700 Gulden pro Monat, wozu aber noch einige hundert Gulden Spesen extra zuzulegen sein dürften.)

Es reicht nicht mehr! Nun, da das Brot alle ist, beken sich die Führer, und es hebt unter den sonst so still- und wortgewaltigen der Arbeitsfront antwortend die Wöterbämmung an. Es reicht augenblicklich nicht mehr für die Gehälter; es reicht nicht mehr für die vielen Autos, die früher wie Wolke aus der Erde schossen und die Hundsgasse vor dem inzwischen geräumten „Haus der Arbeit“ vorstießen; es reicht nicht mehr für große Demonstrationsteifen, wie das für die gravitätischen Arbeiter 1934, in dessen Gefolge eine Prüfungscommission nach Danzig kommt und Erhebungen über die damals beliebte Verwendung von Arbeitsfrontbeiträgen anstellen mußte; es reicht nicht mehr für den großen Mitarbeiterstab; es reicht nicht mehr für den „Schaffensden“, er soll eingehen; es reicht nicht hin und nicht her. Es regnet Kündigungen, es hagelt Gehaltsabzüge bei den Kleinen, während nach der Guldenabwertung die gehobeneren Gehaltsempfänger eine 25-30prozentige Aufbesserung erdulden.

Heute ist keine Rede mehr von Erbsparnissen und Wäldchen, von denen P. G. R. e. n. d. j. a. am Jahreschluß 1934 zu berichten mußte. Damals nannte man die Zahl von 400 000 Gulden, die man auf die hohe Kante gelegt haben wollte. Inzwischen ist oftmals berüchtelt worden, daß die Arbeitsfront mehr als 100 000 Mark Gelder zählen soll. Demnach müßten wir jetzt eigentlich von einem mehrere Millionen Gulden betragenden Vermögen hören. Aber die sonst so rebellischen Herren bleiben — wenigstens in diesem Punkt — still und stumm. Und das alles trotzdem, daß das Menschenmögliche in Buchkontrollen geleistet wurde, trotzdem, daß auch Arbeitgeber kräftig zahlende Mitglieder der „Arbeitsfront“ geworden sein sollen, trotzdem man sich nach allen Kräften bemüht hat, in jeden freierwerbenden Arbeitsplatz die „alten Kämpfer“ unterzubringen.

Aber das alles wird den Ruin der Arbeitsfront nicht aufhalten, die in Danzig niemals das Erbe der alten Gewerkschaften antreten konnte und jetzt erst recht nicht antreten wird. Auch das zeitweilige Verbot des Allgemeinen Arbeiterverbandes wird kein Wasser auf ihre Mühlen liefern. Auch der Besuch von Herrn Dr. Ley wird ihr kein neues Blut zuführen.

Auch wenn es Dr. Ley gelungen sein sollte, Herrn Rohn R. a. b. davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, die RSDAP und ihre Beiträge der Arbeitsfront zuzuführen und die Sonderorganisation der RSDAP völlig zu liquidieren — das alles wird kein Erfolg für die immer zahlreicher ausbrechenden Arbeiter sein, die ihre Front niemals im Zeichen des Hakenkreuzes formieren werden.

Dr. Ley führte dann u. a. etwa folgendes aus: Welch ein gewaltiger Unterschied, wenn wir das heutige Deutschland mit dem früheren vergleichen. Auf der einen Seite die liberalistisch-marxistische Welt der Gleichgültigkeit, der Feigheit, des Grams, der Sorge und Not, auf der anderen Seite die nationalsozialistische Welt des Allgemeininteresses, des Mutes, der Kraft, der Freude. Der deutsche Mensch ist tatsächlich ein anderer Mensch geworden. Selbst seine Gesichtszüge haben sich verändert! Wo man früher sorgenvolle und vergrämte Mien sah, steht man heute freudige und lachende Gesichter. Und fragt man diese Leute, warum sie lachen, ob es ihnen wirtschaftlich besser geht, oder ob ihr Arbeitslohn größer geworden ist, so verneinen sie heftig. Sie können keinen Grund für das Lachen angeben. Es ist kein leeres Wort: „Kraft durch Freude“! Ich habe im vergangenen Jahre Millionen von Menschen zur Erholung geschickt und dadurch eine Million Reichsmark in Bewegung gebracht. Und wir bitten immer wieder den Herrgott, daß er uns Kraft geben möge, in unserer Revolution fortzufahren zu können.

Dr. Ley nannte dann die anderen Parteien, die bekanntlich in Danzig die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, Museumsparteien. Der Nationalsozialismus kenne nur eine Realität: Deutschland. Diesen Glauben habe ihnen Hitler gelehrt. Dr. Ley fuhr dann fort: Gar oft sind wir auf die Nase gefallen, und unsere Gegner haben geglaubt: Jetzt sind die Nazis am Ende. Aber wir sind immer wieder aufgestanden und haben weitergekämpft. Auch unser Freund Greiser wird manchmal auf die Nase gefallen sein, denn er ist ein alter P. G. Doch letzten, da er nach Genf mußte, haben diese Museumsparteien geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben. Ja, meine Herren, ihr habt vergessen, daß Greiser Nationalsozialist ist. Ihr habt eure Feigheit bei ihm vermutet. Aber Greiser, was wollen Sie unter diesen Weltpolitikern? — Ja, aber der Kleine Greiser verstand noch besser, das Klavier zu spielen, als diese Politiker. Er hat gekämpft und immer wieder gekämpft. Er hat für Deutschland und das deutsche Danzig gekämpft. Und das sei diesen Museumsparteien, diesen Ewig-Gestrigen, gesagt: Nie weicht ein Nationalsozialist zurück und schon gar nicht, wenn er erst die Macht in Händen hat.

Unter Glaube, so fuhr Dr. Ley fort, hat uns Kraft gemacht. Wir übernehmen ein Trümmersfeld, ein Chaos. Geld brauchen wir keines mit Anleihen, das man uns keine. Die Juden in Paris und London hätten ja einem Kristall, einem Scheidemann Geld geliehen, uns geben sie keine. Nun sollten wir aufbauen. Und wir hatten es doch gar nicht gelernt. Aber wir hatten den festen Glauben an Deutschland und den noch festeren Willen, anzupacken. Ich selbst habe noch nicht einmal gewußt, wie viele Gewerkschaften es in Deutschland gibt, als ich vor drei Jahren die Gewerkschaften übernehmen mußte. Ich wußte nicht, wie groß das Vermögen dieser Gewerkschaften war. Ich mußte gar nichts. Und heute liegt schon mein Plan für die

präsident Greiser. Er erklärte unter anderem: Wir stehen hier auf Vorposten des Deutschtums an der Weichselmündung. Und da freuen wir uns jedesmal, wenn aus dem Reich Männer zu uns kommen, die wie Gaspeller unserem Führer das Schicksal Deutschlands tragen helfen.

Dr. Ley führte dann u. a. etwa folgendes aus: Welch ein gewaltiger Unterschied, wenn wir das heutige Deutschland mit dem früheren vergleichen. Auf der einen Seite die liberalistisch-marxistische Welt der Gleichgültigkeit, der Feigheit, des Grams, der Sorge und Not, auf der anderen Seite die nationalsozialistische Welt des Allgemeininteresses, des Mutes, der Kraft, der Freude. Der deutsche Mensch ist tatsächlich ein anderer Mensch geworden. Selbst seine Gesichtszüge haben sich verändert! Wo man früher sorgenvolle und vergrämte Mien sah, steht man heute freudige und lachende Gesichter. Und fragt man diese Leute, warum sie lachen, ob es ihnen wirtschaftlich besser geht, oder ob ihr Arbeitslohn größer geworden ist, so verneinen sie heftig. Sie können keinen Grund für das Lachen angeben. Es ist kein leeres Wort: „Kraft durch Freude“! Ich habe im vergangenen Jahre Millionen von Menschen zur Erholung geschickt und dadurch eine Million Reichsmark in Bewegung gebracht. Und wir bitten immer wieder den Herrgott, daß er uns Kraft geben möge, in unserer Revolution fortzufahren zu können.

Dr. Ley nannte dann die anderen Parteien, die bekanntlich in Danzig die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, Museumsparteien. Der Nationalsozialismus kenne nur eine Realität: Deutschland. Diesen Glauben habe ihnen Hitler gelehrt. Dr. Ley fuhr dann fort: Gar oft sind wir auf die Nase gefallen, und unsere Gegner haben geglaubt: Jetzt sind die Nazis am Ende. Aber wir sind immer wieder aufgestanden und haben weitergekämpft. Auch unser Freund Greiser wird manchmal auf die Nase gefallen sein, denn er ist ein alter P. G. Doch letzten, da er nach Genf mußte, haben diese Museumsparteien geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben. Ja, meine Herren, ihr habt vergessen, daß Greiser Nationalsozialist ist. Ihr habt eure Feigheit bei ihm vermutet. Aber Greiser, was wollen Sie unter diesen Weltpolitikern? — Ja, aber der Kleine Greiser verstand noch besser, das Klavier zu spielen, als diese Politiker. Er hat gekämpft und immer wieder gekämpft. Er hat für Deutschland und das deutsche Danzig gekämpft. Und das sei diesen Museumsparteien, diesen Ewig-Gestrigen, gesagt: Nie weicht ein Nationalsozialist zurück und schon gar nicht, wenn er erst die Macht in Händen hat.

Unter Glaube, so fuhr Dr. Ley fort, hat uns Kraft gemacht. Wir übernehmen ein Trümmersfeld, ein Chaos. Geld brauchen wir keines mit Anleihen, das man uns keine. Die Juden in Paris und London hätten ja einem Kristall, einem Scheidemann Geld geliehen, uns geben sie keine. Nun sollten wir aufbauen. Und wir hatten es doch gar nicht gelernt. Aber wir hatten den festen Glauben an Deutschland und den noch festeren Willen, anzupacken. Ich selbst habe noch nicht einmal gewußt, wie viele Gewerkschaften es in Deutschland gibt, als ich vor drei Jahren die Gewerkschaften übernehmen mußte. Ich wußte nicht, wie groß das Vermögen dieser Gewerkschaften war. Ich mußte gar nichts. Und heute liegt schon mein Plan für die

nächsten zwanzig Jahre fest. Die verflochtenen drei Jahre dienten der Aufräumarbeit. Für die nächsten drei Jahre habe ich Pläne für 180 Millionen fertig liegen. Es werden drei Kraft-durch-Freude-Schiffe gebaut. Eins in Hamburg, eins in Kiel, und das dritte habe ich der hiesigen Weichsel in Auftrag gegeben. Und in den folgenden zehn Jahren werde ich zehn Millionen deutsche Arbeiter in Heime auf zehn Tage zur Erholung verschicken.

Dr. Ley sprach dann von der deutschen Wehrmacht und erklärte weiter: Wir wollen aber keinen Krieg. Sollte aber Sowjetrußland die Brandfackel des Krieges in Europa entzünden, so können wir es nicht hindern; aber dann sollen diese Herren auch wissen, daß wir nicht mehr die Deutschen von 1914 sind. Unser Führer Adolf Hitler ist kein Wilhelm II. Wir werden befeht sein von dem fanatischen Glauben an Deutschland.

Unser Führer hat mit einer kleinen Schaar ein 70-Millionen-Volk erobert; dann werden wohl 70 Millionen Deutsche die Welt zwingen, ihnen das Recht zu geben, daß sie beanspruchen können.

Wohl wird man uns sagen: auch bei euch ist noch dieses und jenes nicht in Ordnung. Aber auch alle diese Mängel werden wir beseitigen. Nur eines verlangen wir immer wieder: den unbedingten Glauben an Deutschland. Dieser Glaube hat uns zum Siege verholfen. Heute stehen 85 Prozent der deutschen Bevölkerung hinter Adolf Hitler. Die restlichen 15 Prozent sind atonale Elemente, so wie diese Museumsparteien hier in Danzig. Auf dieses Gesindel, auf diese Verbrecher verzichten wir.

Gegen Schluß der Rede erklärte Herr Dr. Ley: Zwar komme ich mit leeren Händen nach Danzig; ich bin kein Gesandter des Reichsbankpräsidenten Schacht, der Euch Danks bringt; aber eines bringe ich mit: Den unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft. Den Glauben! Senatpräsident Greiser danke Dr. Ley für seine Ausführungen und hat ihn, dem Führer das Gedächtnis der Danziger, festhalten am Glauben an Deutschland, zu überbringen. Wir stehen hier auf Vorposten, insofern Danzig, und werden auf diesem Posten ausharren bis zu dem Tage, an dem uns das Schicksal abberuft. Heim in ein geeintes Großdeutschland. — Damit war die Versammlung beendet.

Der Wahlterror in Wartsch

So hauste man in einer Landarbeiterwohnung

Vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Güler stand gestern wieder eine Tumultschadenklage an. Auch diese Vorgänge spielten sich in der Nacht vor der Wahl ab. Der Ort der Handlung ist das Dorf Wartsch im Kreise Danziger Höhe. Der Rentenempfänger August Krause, 68 Jahre alt, der sich zur Opposition bekennt, wurde um 11 Uhr aus dem Bett geklopft. Während des Klopfens leuchtete man mit Taschenlampen in seine Wohnung hinein. Auf seine Frage, wer dort sei, bekam er zur Antwort, er solle hinauskommen, es seien Genossen aus Weitzerswalde da, mit denen er in Wartsch Bettel treiben solle. Krause antwortete nichts Gutes, doch öffnete er schließlich die Tür. Drei der draußen stehenden Kerle kamen nun in sein Haus. R. wurde aufgefordert, hinauszu kommen. Seine Antwort war: „Für wofür mir wohl eine Falle stellen.“ Da beobachtete er, wie

einer dieser Kerle, die in Häubler-Jubil gekleidet waren, sich an der Gefäßstange zu schafften machte und einen Gummiknüppel hervorholte.

Krause mußte in diesem Moment, was beabsichtigt sei. Er zog sich in die Stube zurück und hielt die Türe zu, während seine Frau, die 68 Jahre alt ist, in das Dorf lief und Hilfe herbeizuholen versuchte.

In diesem Augenblick schlugen die eingebrungenen Kerle mit Totschlägern die elektrischen Lichtschalter entsetzt. Dies löste ein Signal zu sein, denn nunmehr bombardierte man von drinnen die Fenster mit Steinen. In der Wohnung wurden 28 Steine gefunden, darunter einer, der 80 Pfund schwer war. Es sind nicht allein die Scheiben in Rahmen geplatzt, sondern auch die Fensterrahmen. Die im Hause Anwesenden verhielten, an Krause heranzukommen. Da dieser kampfhaltig die Stubentür aufstellte, trommelte man gegen die Füllung und gab Wasser von außen gegen die Tür, so daß Krause schließlich auf schmerzhaften Boden kam. Nachdem der alte Mann sich dort nicht mehr halten konnte, ließ er in eine andere Stube. Im Augenblick war hier die Füllung eingeschlagen. Krause flüchtete zur Kammer, zielte diese von innen ab, und als die Täter gewalttätig die Tür aufreißten wollte, brach der Drücker ab.

Währenddessen irrte die Frau im Dorfe herum, um Hilfe herbeizuholen.

Doch keiner der Einwohner traute sich heraus. Bemerkenswert ist noch, daß die Frau bei einem anderen Besten war, dieselbe wurde die Fenster von außen mit Raß beschossen. Weitere Schandtaten trauten sich die Terroristen hier nicht an, denn der Bestler stand mitten in der Stube mit dem geladenen Gewehr in der Hand.

Krause verlangte von der Gemeinde Wartsch Ersatz für die angerichteten Schäden. Die Räte stand schon einmal vor dem Amtsgericht an und wurde dort abgewiesen, da angeblich die Termine für die Erhebung der Klage nicht eingehalten waren.

Die 3. Zivilkammer des Landgerichts prüfte deshalb zunächst, ob die Klage überhaupt zulässig sei. Der Richter, der Rentenempfänger Krause, wurde von Rechtsanwält Dr. Kamnitzer vertreten, während die Vertretung der Gemeinde Wartsch in Händen des nationalsozialistischen Rechtsanwalts Dr. Erich Willems lag. Nach eingehender Beweisaufnahme, in der der 80 Jahre alte Gemeindevorsteher Sina und auch der 51 Jahre alte Amtsvorsteher Joachim, ein Vorgesetzter des Gemeindevorsteher, vernommen wurden, kam die Kammer zu dem Schluß, daß die Klage a. l. f. i. g. sei.

Infolge der vorgerückten Zeit kam die 3. Zivilkammer noch nicht zu einem Urteilspruch über die Tumultschäden. Es wurde Urteilsverkündung auf Sonnabend, vormittags 10 Uhr, angelegt.

Schutzpolizei wird Landespolizei?

Ein Redaktör des „Borpostens“ — Major Schröder verläßt Danzig

Der „Borposten“ hat gestern eine Meldung über die Schutzpolizei verbreitet, die Bedeutung verdient. Danach soll die Schutzpolizei eine höhere Umorganisation erfahren. Es sei damit zu rechnen, daß sie den Namen „Landespolizei“ erhält. (Die bisherige Landespolizei ist de facto abgebaut worden.) Der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei, Major Schröder, soll am 1. März 1936 Danzig verlassen, um in die Dienste der Reichswehr zu treten. Der Vorgesetzte Kommandeur wird dadurch freigesetzt. Es soll nun geplant sein, ihn nicht wie bisher neuabzusetzen. Das Kommando soll in anderer Weise wie bisher verwaltet werden. Man nennt in diesem Zusammenhang die Namen der Majore Petzke und Stach.

Betriebsappell bei Schichau

Dienstag: Anschlag am Schwarzen Brett: Mittwoch: Betriebsappell, Redner Herr Dr. Ley, kein Titel, keine Anfeuerung. Großes Verwundern bei den echten P. G.

Mittwoch: 1/4 Uhr Feierabend für die Arbeiter, die zu einem guten Teil das Wortwörterbuch nehmen und die Werk verlassen. Mittwerts sind 14 Autos, enthaltend Herrn Ley und seine Suite, vorgefahren. Senator Hüth, der zu den Annehmenden gehört, kann sich selbst davon überzeugen, wie groß die Liebe zu den Worten des Herrn Ley ist. Etwa die Hälfte der Schichauarbeiter versammelten sich dann in der Panzerwerkstatt, der sog. „Kesselhütte“. Jemandwoher lautet eine Musikkapelle auf. RSDAP-Obmann Graß begrüßt den Redner. Stimmlicher Beifall setzt ein, den zudem noch die außerhalb des Betriebes stehenden Gäste und die vollständig erschienenen Angehörigen (die arbeiten nämlich bis 1/7 Uhr) beifügen. Dann schließt P. G. Ley gewissermaßen die Front ab, und dann spricht er, etwa eine halbe Stunde.

Herr Ley meinte anfangs, er habe mit einigen Schichauarbeitern gesprochen und die hätten ihm gesagt, daß sie zu irrt leben seien. Aber er glaube doch zu wissen, daß die Arbeiter nach Forderungen hätten. Das sei ihr gutes Recht. Deswegen sei man noch nicht Marxist. Aber wenn mehr gefordert wird, als gegeben werden könne, so sei das eine Gemeinheit. Da man in Deutschland so schwer zu kämpfen habe, sei es nicht möglich, alle Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, denn es bedürfte einiger Jahrzehnte, um sich aus dem Chaos herauszuwurzeln, das die Vorgänger der RSDAP hinterlassen hätten. Trotzdem gehe es dem deutschen Arbeiter gut. Und wenn gefragt werde:

Warum habt Ihr uns unsere Gewerkschaften genommen?

Dann könne er (Ley) nur antworten: Sagt mir, was die gefehlt haben, dann werde ich euch die Antwort geben! Früher habe es kein Gewerkschaftsfeind fertig gebracht, in einer Maschinenhalle zu sprechen. Da wurde alles vom Hosenhemmel aus erledigt. Heute dagegen fährt, fliege man von einer Stadt zur anderen. Freilich könne man niemandem das Paradies geben, aber „Kraft durch Freude“ sei geschaffen, die Versicherungen seien erhalten und verbessert, das Lebensniveau der Arbeiter sei gehoben, die Zahl der Erwerbslosen sei von 6 Millionen auf eine Million herabgedrückt worden. — Es fehlten nicht die üblichen Angriffe auf die „Mächtigen Parteiführer“ in Danzig, die man Gott sei Dank in Deutschland nicht mehr kenne. In jenem Deutschland das sich eine neue Wehrmacht geschaffen habe, um die deutsche Arbeit und den deutschen Arbeiter vor dem Unruhestifter Rußland zu schützen.

Zeit es nun, daß die Schichauarbeiter von der etwa halbhünderten Rede zu sehr oder zu wenig ergriffen waren — der Beifall, der durch die Kesselhütte ertönte, war aber alle Mägen mächtig.

Die Rede Dr. Ley's in der Messehalle

Nach einer Demonstration der Uniformierten fand gestern abend eine Versammlung in der Messehalle statt, wo Dr. Ley sprach.

Die Rundgebung in der Messehalle eröffnete Senat-

Englands Flotte von morgen

Starke Vergrößerung — Höchste technische Ausprägung

MTP, London, Mitte Februar.

Großbritannien hatte zu Land, Wasser und Luft im letzten Jahre abgerüstet, so daß es heute auf den Weltmeeren nicht mehr die Position besitzt, die seiner Rolle als erste Kolonialmacht und seiner internationalen Bedeutung entspricht. Der englisch-deutsche Flottenafford hat diese Entmachtung nach einer für England ungünstigen Seite hin verlagert, aber England ist jetzt im Begriff, seine militärische Position auszubauen.

Bereits im vergangenen Jahre zeigten die englischen Kriegswerften eine gesteigerte Tätigkeit. 25 Schiffe wurden 1935 fertiggestellt, gegenüber 20 im Jahre 1934 und 12 im Jahre 1933. Diese erhöhte Bautätigkeit ergab sich aus der Vorbereitung eines durch Sparmaßnahmen im Marinebudget hinausgeschobenen Programms und durch eine Vermehrung der Einheiten für die Dominions.

Im Laufe des Jahres 1936 werden mit Sicherheit 32 Kriegsschiffe gebaut werden.

Ein außergewöhnliches Bauprogramm wird erst nach Beendigung der noch immer nicht abgeschlossenen Londoner Flottenkonferenz festgelegt werden. Wahrscheinlich wird sich ein diesjähriger Zulass von drei Kreuzern, 1 Flottillenführer, 8 Zerstörern und 4 Unterseebooten ergeben. Wenn die Konferenz zu befriedigenden Ergebnissen führen sollte — was allerdings kaum zu erwarten ist — werden nur noch zwei Schlachtschiffe mit der höchsten zulässigen Tonnagezahl in Betracht gezogen werden; welche Pläne bei ungünstigem Ausgang der Flottenkonferenz erzwungen werden, ist noch nicht bekannt, jedenfalls werden die Meinungen über die deutschen Flottenbauten aber von entscheidender Bedeutung für alle kommenden Ermächtigungen der englischen Admiralität angehen.

Neue Gesichtspunkte beherrschen heute den Flottenbau. Die stärksten Seidhke und die stärksten Panzerplatten sind nicht mehr allein die Merkmale für das stärkste Kriegsschiff; abgesehen von den Gefahren eines Gasangriffs, Minen, Flugzeugbomben, müssen die Kriegsschiffe mit den „Elektrischen“ rechnen, der mächtigsten Waffe im Seegefecht. Der Sieg gehört der stärkeren Artillerie, aber die Widerstandsfähigkeit gegen die des Feindes ist wichtigste Voraussetzung.

Man denkt an eine Verdoppelung, wenn nicht Verdreifachung der Luftabwehreinheiten.

Die jetzt hatten die letzten Einheitschiffe und Kreuzer nur vier Luftabwehrgeschütze 102 Millimeter abgesehen von den Schlachtschiffen „Nelson“ und „Rodney“, beide mit sechs Geschützen von 120 Millimeter ausgerüstet. — Die englische Admiralität hat auch ein neues Flugzeugmuttergeschiff aufgelegt, die „Ark Royal“, einen Riesenschiff von 244 Meter Länge, unter anderem 2,5 Millionen Pfund. Die Fertigstellung ist für 1939 vorgesehen. Die „Ark Royal“ wird das größte und schnellste Flugzeugmuttergeschiff der Welt sein. Es ist auch nicht unmöglich, daß die englische Marine bald Autogiros (Windmühlensflugzeuge) für den Schutz von Transportdampfern einsetzen wird. Die Autogiros sind zur Begleitung und Verteidigung von Transportdampfern, bei Tag und bei Nacht, deshalb hervorragend geeignet, weil sie weder Katapultapparat noch Spezialkräne für An- und Abnahme benötigen. Es ist jedoch nicht voranzusehen, daß das Autogiro die Wasserflugzeuge bei den Kriegsschiffen ersetzen wird, aber es besteht kein Zweifel, daß ihm in einem zukünftigen Flottenkrieg eine bedeutende Rolle zuzufallen wird.

Die Kündigungsmöglichkeiten

Kritik und ordentliche Kündigung

Das Reichsgericht hat vor kurzem in einem Urteil festgestellt, daß eine fristlose Kündigung nicht mit einer ordentlichen Kündigung vermischt werden dürfe. Kündige ein Betriebsführer einem Angestellten ordnungsmäßig, wenn auch nur „vorfristig“, so bringe er damit zum Ausdruck, daß er auf einen evtl. vorliegenden wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung habe verzichten wollen; er könne dann die fristlose Kündigung nicht nachholen. Dem Urteil lag folgender Fall zugrunde: Der Direktor eines Betriebes war am 5. April 1933 ohne Angabe eines Grundes sofort beurlaubt worden. Am 22. Mai 1933 wurde ihm geschrieben, daß sein Dienstvertrag nicht mehr erneuert und daß der über den 30. Juni hinauslaufende Vertrag vorfristig zum 30. September 1933 gekündigt werde. Erst am 20. Juni 1933 wurde ihm mitgeteilt, daß er „fristlos“ entlassen sei, aber wiederum ohne Angabe eines Grundes. Das Reichsgericht hat das Recht zur fristlosen Kündigung in diesem Falle verneint. In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt, eine verzügerte Geltendmachung von Ansprüchen oder Befugnissen sei immer als gegen Treu und Glauben verstoßend betrachtet worden. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn der Kläger am 5. April unter Angabe des Grundes beurlaubt worden wäre. Dann wäre nur zu entscheiden gewesen, ob dieser Grund als wichtiger Kündigungsgrund zu gelten habe. Regelmäßig aber sei ein Verzicht auf die Geltendmachung eines wichtigen Kündigungsgrundes angenommen worden, wenn eine Partei in Kenntnis dieses Grundes unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist kündige. (II 109/35. — 12. Nov. 1935.)

Neue Bestimmungen für die katholische Presse

Nur noch wenige Möglichkeiten

Die konfessionelle Presse in Deutschland unterliegt starken Beschränkungen. Es darf z. B. nur innerkirchliche Dinge behandeln, wobei es nicht zu vermeiden ist, daß dieser enggezogene Rahmen zuweilen überschritten wird, denn die kirchlichen und religiösen Dinge stehen heute im Mittelpunkt des weltanschaulichen Kampfes. Für Blätter und Zeitschriften, die zur Veröffentlichung der kirchenamtlichen Anordnungen und der sonstigen, die geistliche Leitung der Gläubigen betreffenden Verfügungen bestimmt sind, waren Ausnahmen zugelassen. Ihre Schriftleiter mußten z. B. nicht „Berufsschriftleiter“ sein; es konnten demnach auch geistliche Personen die Redaktion führen. Das DRP teilt nun mit, daß der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sich veranlaßt gesehen habe, die Reichspressekammer und den Reichsverband der deutschen Presse darauf hinzuwirken, daß die Freistellung von den Vorschriften des Schriftleitergesetzes in Zukunft nur noch für solche kirchlichen Zeitschriften gelten kann, die sich streng an die Bestimmungen halten, daß sie nur kirchenamtliche Anordnungen und sonstige kirchliche, die geistliche Leitung der Gläubigen betreffenden Verfügungen wiedergeben dürfen. Zeitschriften, die sich hierauf nicht beschränken, sind als politische Zeitschriften anzusehen und unterliegen den Bestimmungen des Schriftleitergesetzes. Sie dürfen daher nur noch unter Verantwortung eines in die Berufsliste eingetragenen Schriftleiters erscheinen. Damit sind insbesondere der kirchlich-katholischen Presse sehr enge Grenzen gezogen.

Der Abstrapparat im Direktionszimmer. Der „Informationsdienst“ der Deutschen Arbeitsfront schreibt, es gäbe heute noch zahlreiche Betriebe in Deutschland, in denen das Epistellum organisiert, ja, vor aller Augen zu einer durch

die Gewohnheit schon fast legalisierten Zentrale im Direktionsbüro ausgebaut wurde. Mit der „Epistellum-Zentrale“ sind die in zahlreichen deutschen Betrieben immer noch vorhandenen telefonischen Mitteleinrichtungen in den Zimmern der Betriebsführer gemeint.

Zwei britische Flugzeuge abgeflammt

Das eine verbrannt — Das andere verfaßt in den Fluten

Die britischen Luftstreitkräfte hoben in der Nacht zum Mittwoch zwei schwere Verluste erlitten. In den frühen Morgenstunden stürzte in der Grafschaft Sussex ein Nachtbomberflugzeug ab und ging in Flammen auf. Von den vier Insassen wurden drei getötet, während der Flugzeugführer, ein Unteroffizier, schwere Verletzungen erlitt. Die Maschine wurde fast vollständig ein Opfer der Flammen.

Das zweite Flugzeugunglück trat in der Nacht im Aermellkanal zu, wo ebenfalls ein britisches Flugzeug aus noch unbekanntem Grund niederging und verbrannte. Aus Dover wird zu diesem Unglück gemeldet: In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch vernahm die Bewohner von Le Havre ein anhaltendes Motorengeräusch eines Flugzeuges. Ein Garagenwächter und ein französischer Flieger stürzten ein großes englisches Bomberflugzeug, das sich verirrt zu haben schien und augenscheinlich woffern wollte, bevor sein Benzinvorrat ganz erschöpft war. Es herrschte zwar kein Nebel, aber die Nacht war sehr dunkel. Um 4.15 Uhr war das englische Flugzeug auf das Wasser niedergelangen, etwa 150 Meter von der französischen Küste entfernt. Die beiden Leute fuhren mit einem kleinen Boot auf den englischen Apparat zu und konnten nur ein Mitglied der vierköpfigen Besatzung an Bord nehmen, den ersten Piloten Page, der bemutlos war. Die anderen drei hielten sich am Flugzeug fest. Als die Retter den Piloten an Land gebracht und für Wiederbelebungsvorkehrungen gesorgt hatten, fuhren sie wieder hinaus, um die anderen Flieger zu holen. Als sie jedoch feststellten, daß das Flugzeug inzwischen gesunken und von den Wellen überdeckt worden war, alarmierten sie die Behörden. Drei Schlepper liefen aus und suchten, allerdings erfolglos, die Küste ab.

In einer weiteren Meldung aus Le Havre wird bestätigt, daß ein Mitglied der Besatzung des im Aermellkanal verunglückten britischen Flugzeuges, der Fliegerleutnant Page, gerettet worden sei. Das Bomberflugzeug ist nach dieser Meldung 800 Meter von der Küste entfernt auf das Wasser niedergelangen, und zwar an einer flachen Stelle. Der gerettete Fliegeroffizier hat daher an Land schwimmen können, allerdings mit Hilfe eines Rettungsgürtels.

Der Fliegeroffizier habe erzählt, daß sämtliche vier Insassen des Flugzeuges gleichzeitig verunglückt hätten, das Meer schwimmend zu erreichen, nachdem sie über 20 Minuten an Bord des Flugzeuges geblieben seien. Die drei anderen Mitglieder der Besatzung seien jedoch durch die starke Drift auf das Meer hinausgespült worden und dort ertrunken.

Ein Franzose habe versucht, in einem leichten Sportboot die Flieger zu retten, sei aber dabei um ein Haar selbst verunglückt. Er habe von dem Kanu aus zwei Leute im Wasser gesehen und einem der beiden einen Rettungsgürtel zugeworfen, der Page gerettet habe. Da kein zweiter Rettungsgürtel vorhanden gewesen sei, sei der Franzose an Land zurückgekehrt, um einen zweiten zu holen. Bei seiner Rückkehr sei jedoch keine Spur mehr von dem zweiten Schwimmer zu sehen gewesen. Das Kanu selbst sei zu klein gewesen, um mehr als einen Mann aufzunehmen.

Australisches Bomberflugzeug abgeflammt

60 Kilometer von Sidney entfernt ist, wie aus Sidney berichtet wird, ein Bomberflugzeug abgestürzt. Bei dem Unglück sind 5 Personen ums Leben gekommen.

Das letzte Sachverständigen-Gutachten über Seefeld

In der Diensttagabend-Sitzung im Nordprozeß Seefeld erhaltete als letzter in der Reihe der Sachverständigen Professor Dr. Müller-Hey, der Leiter des Instituts für gerichtliche und soziale Medizin in Berlin, sein Gutachten. Zur Frage der Todesursache der Kinder stellte Professor Müller-Hey auf Grund seiner langjährigen Praxis und umfangreichen Erfahrungen als Gerichtsmediziner fest, daß als Todesursache Ertrinken bzw. Erdroffeln in Frage komme. Seefeld sei ein lebensuntüchtiger und asozialer Mensch mit ausgesprochen infantilem, rührliebigem und effektlosem und hysterischem Einschlag. In Übereinstimmung mit dem Gutachten des Obermedizinalrats Dr. Fischer stellte der Sachverständige fest, daß bei Seefeld eine Geisteskrankheit nicht vorliege und die Voraussetzungen für den § 51 nicht in Frage kommen.

Eltern schützt eure Kinder!

Diese Forderung hob Professor Dr. Müller-Hey in seinem Gutachten besonders eindrucksvoll hervor; er betonte, daß der Angeklagte bei der ungenügenden Aufsicht und Warnung der Kinder von Seiten der Eltern und einer leichtfertigen Sorglosigkeit gegenüber dem angeblichen „guten Onkel“ leichtes Spiel hatte. Seine Opfer seien bedauerlicherweise nur zu selten der ihnen an sittlicher und körperlicher Beziehung drohenden Gefahr entgangen. Diese traurige Erfahrung zeige sich leider in den meisten Fällen von solchen Kapitalverbrechern.

Neuer Termin für die Hinrichtung Hauptmanns

Wie aus Trenton (New Jersey) berichtet wird, hat der Richter Trenchard als neuen Termin für die Hinrichtung Hauptmanns die am 30. März beginnende Woche festgesetzt. In vielen amerikanischen Zeitungen sind die Leser über ihre Meinung befragt worden. Es hat sich herausgestellt, daß 90 Prozent der Amerikaner von der Schuld Hauptmanns überzeugt sind; nur 10 Prozent sind der Meinung, daß es sich um einen Justizirrtum handelt. Umgekehrt aber vertreten 70 Prozent die Ansicht, daß er Komplizen gehabt haben muß und sind darum gegen eine sofortige Hinrichtung, weil man dann niemals Klarheit in diesem ganz Amerika aufwühlenden Fall wird schaffen können. M.P.

Großfeuer in Nordamerika

Fünf Feuerwehrleute getötet

In Columbus im Staate Ohio ist die alte Versammlungshalle der in Amerika weit verbreiteten Vereinigung „Orden der Columbusritter“ durch ein Großfeuer vollkommen eingestürzt worden. Fünf Feuerwehrleute sind durch einfallende Wände getötet, zwölf Feuerwehrleute schwer verletzt worden.

Neuer Schnellheitsrekord bei der Reichsbahn. Auf einer Versuchsfahrt, die die deutsche Reichsbahn mit einem dreiteiligen diesel-elektrischen Schnelltriebwagen auf der Strecke Berlin-Hamburg am 17. Februar 1936 unternommen hat, wurde zum erstenmal mit einem für den öffentlichen Verkehr bestimmten Schienenfahrzeug die Geschwindigkeit von 200 Kilometer in der Stunde erreicht. Derartige Geschwindigkeiten auf der Schiene sind bislang nur von reinen Versuchsfahrzeugen gefahren worden, und zwar zu Anfang des Jahresberichts auf der Postener Versuchsstrecke mit elektrischen Triebwagen und im Jahre 1932 auf der Hamburger Strecke mit dem Triebwagen des Hbl.-Zug. Arulenberg.

Kirche und Hitlerjugend

Eine Polemik des Kirchenblattes des Berliner Bistums und die SS.

Das Kathol. Kirchenblatt des Bistums Berlin überrascht nach monatelanger äußerlicher Zurückhaltung mit einer recht scharfen Bekämpfung des Verfalls, „den gelamten deutschen Episkopat der Verfall und der bewußten Fregesführung zu zeihen.“ Wir stellen diese ungeheuerliche Tatzsache vor aller Öffentlichkeit fest“, schreibt das Organ des für seine diplomatischen Fähigkeiten gerühmten Bischofs Grafen Preysing mit der Frage: „Wird dem deutschen Episkopat der ihm schuldige Ehrenschand zuteil?“ Die Abwehr gilt der Zeitschrift der Hitlerjugend, die ihrerseits dem letzten Hirtenbrief der deutschen Bischöfe den Kampf ansagt.

In welcher Tonart die Hitlerjugend polemisiert,

möge folgender Ausschnitt aus ihrem von Millionen deutscher Jungen aufmerksam gelesenen Presseorgan darlegen: „Es konnte nun niemand an und sage, wir möchten doch um des lieben Friedens willen von der weltanschaulichen Schulungs- und Pressearbeit ablassen. Unser Kampf gegen den politischen Katholizismus könnte als ein Kampf gegen Religion und Kirche aufgefaßt werden, und Millionen glückseliger Federn und Zungen in christlichen und jüdischen Schriftleitungen und Gotteshäusern siebenten nur darauf, endlich einmal den berühmten „Kulturkampf“ im Dritten Reich in allen Farben ausmalen zu können. Und wenn wir nun, um auch diesem Fluch zu entgehen, versuchen würden, nicht nur laut, sondern sogar heiß zu werden, wenn wir die

Hitlerjugend als beseitigte Rosenkranzbruderschaft und den Bund deutscher Mädel als platonische Klubs Jesusbäuerchen, die Hitlerjugendpresse als ablahvermittelndes Kirchenblatt

aufzügen, so würde uns selbst dies vor dem Anlitze der gestrengen Herren Bischöfe wenig nützen, denn sie würdenerkas periphrasen aus Konkurrenzneid, zweitens erst recht von Wölfen im Schafspelz zu predigen anfangen.“ Die deutschen Bischöfe und ihre „römischen Drahtzieher“ werden in einem Zuge genannt mit den „jüdischen Zeitungsschmierern“. „Darf ein aus schwerer religiöser Verantwortung geiprochenes Hirtenwort eine solche Behandlung in einer für die gesamte deutsche Jugend bestimmten Schrift finden? Ist Amt und Ehre des deutschen Episkopats ihr gegenüber vogelfrei?“ fragt das Katholische Kirchenblatt weiter, und es erteilt die Antwort: „Wir würden pflichtwidrig und feige handeln, wenn wir uns nicht schühend vor unserm Episkopat stellten.“

Eine milde Kommentierung der Beurteilung des Jesuitenpaters Spielers durch das Katholische Kirchenblatt von Dinslaken führte am vergangenen Sonntag zur Beschlagnehmung durch die Geheimne Staatspolizei. Durch das sogenannte Heimlichegeheiß hat der Staat heute die Möglichkeit, ein kritisches Kanzelwort mit strengen Strafen zu belegen. Man kann wohl sagen, da bin der unteren Weltlichkeit und beim jüngeren Laienelement ein gewisser Kampfwille vorhanden ist, aber beim hierarchischen Aufbau der katholischen Kirche kann sich eine solche Stimmung nicht oben durchsetzen. Der Vatikan und der deutsche Episkopat geben aber dem offenen Kampf aus dem Wege und suchen durch Verhandlungen und Zurückhaltung bis zum äußersten wenigstens Zeit zu gewinnen. Inzwischen verliert der Katholizismus, wie der Ausgang des Ringens um die Bekennerschule in München gezeigt hat, wichtigste Positionen.

Erdölvorkommen in Spanien?

Seit einiger Zeit gehen durch die spanische Presse Meldungen über die Entdeckung von Petroleumvorkommen in Andalusien. Jetzt wird berichtet, eine spanische Kapitalisten-gruppe habe eine Gesellschaft zur industriellen Ausbeutung dieser angeblich bedeutenden Vorkommen gegründet. Sachverständige schätzen die Ertragsfähigkeit der Erdölvorkommen auf jährlich 25.000 Tonnen Benzin und täglich 1000 Tonnen Dieselöl. Die Entdeckung dieser Vorkommen sei darauf zurückzuführen, daß Schürfer in den Bergen von Ronda nördlich von Gibraltar Steine gefunden hatten, die unter Entwicklung dichten Rauches verbrannten. Die Behörden, die von dieser Wahrnehmung unterrichtet worden waren, entsandten einen Geologieprofessor der Madrider Universität und den Direktor des städtischen Laboratoriums an Ort und Stelle. Die Nachforschungen sollen ergeben haben, daß das Erdölvorkommen von Ronda eine Ausdehnung von 60 zu 30 Kilometer besitzt und auf Petroleum, Gas-Oel, Benzin, Schwefel, Paraffin und Ammoniumsulfat ausbeutet werden könne. Bohrungen hätten gezeigt, daß bis zu zwölf erdölhaltige Bodenschichten übereinander gelagert seien.

Durchführung des Vierparagrafen

Gemeinsame Büros von Ariern und Juden unzulässig

In einem Rundschreiben vom 14. Januar 1936 weist der Reichsinspektor des nationalsozialistischen Juristenbundes darauf hin, daß nicht nur Anwaltssozialisten, sondern auch Bürogemeinschaften zwischen Juden, Dreivierteljuden einerseits und deutschblütigen Anwälten andererseits spätestens zum 1. April 1936 aufzulösen sind. Ausnahmen können grundsätzlich nicht zugelassen werden.

Aus dem Dritten Reich

Das im 92. Jahrgang erscheinende „Blankenburger Kreisblatt“ wurde mit dem nationalsozialistischen Blatt „Garzer Tageszeitung“ in Blankenburg verschmolzen. Garzer hat der Verlag des „Tagesblattes für Thale“ den „Garzer Kurier“ übernommen.

Die Stadt Nürnberg hat für das Schuljahr 1936 als Pflichtfächer Fußballsport und Schwimmen eingeführt.

In einer Kundgebung der DAF in Dortmund erklärte Hauptamtsleiter Selner, zur Schaffung des sozialen Ausgleichs habe der Nationalsozialismus die Riesenorganisation der Deutschen Arbeitsfront als den „Weltanschauungsorden des deutschen Volkes“ errichtet. Freiheit sei am großen Teil errungen, das Brot sei in ungeahntem Ausmaß geschaffen. Das Geheimnis dieses Wunders sei die Entthronung des Goldenen Kalbes und die Einsetzung des Nationalsozialismus.

Der Leiter der Technischen Lehranstalten in Hamburg, Prof. Maack, äußerte sich in einer Unterredung mit dem „Hamburger Tageblatt“ pessimistisch über den arbeitslosen Mangel an Ingenieur-Nachwuchs. Maßgebende Kreise behaupteten, daß man in Deutschland im Jahre 1932 etwa 10.000 junge Ingenieure zu wenig haben werde.

Die Zuständigkeit der Sondergerichte ist durch eine Verordnung der Reichsregierung jetzt auch ausgedehnt worden auf den § 134 a des Strafgesetzbuches. Dieser Paragraf bestimmt folgendes: „Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Verleumdung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.“

